

# NEUE ALLIANZ FÜR ERNÄHRUNGSSICHERUNG IN AFRIKA

In der 2012 gegründeten *Neuen Allianz* arbeiten die Länder der G8 (u. a. Deutschland) mit den weltweit größten und mächtigsten Agrarkonzernen zusammen. Darunter sind die führenden Saatgutkonzerne Monsanto und Syngenta.



## HAUPTPROBLEM:

Die *Neue Allianz* forciert politische Reformen in Entwicklungsländern zugunsten der Agrarkonzerne.

## BEISPIEL TANSANIA:

Die tansanische Regierung will Investoren 350.000 Hektar Land zur Verfügung stellen. Das entspricht in etwa der Fläche von Mallorca. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern droht die Verdrängung von ihrem Land und damit der Verlust ihrer Existenzgrundlage.

# GERMAN FOOD PARTNERSHIP

Die *German Food Partnership* ist eine Initiative des Entwicklungsministeriums (BMZ) und führender deutscher Agrarkonzerne. Allen voran Bayer und BASF, deren Anteile am globalen Pestizid-Markt 17 bzw. 12 Prozent betragen.



## HAUPTPROBLEM:

Das BMZ hilft Konzernen mit Entwicklungsgeldern, ihre Produkte anzupreisen und neue Märkte zu erschließen.

## BEISPIEL ASIEN:

In Zusammenarbeit mit Bayer und BASF will das Entwicklungsministerium den Anbau von Hybridreis in Asien und Afrika fördern. Bayer Crop Science ist eines der weltweit führenden Saatgut- und Pestizidunternehmen für Hybridreis. Der große Nachteil: Das Saatgut muss jedes Jahr neu eingekauft werden, weil sonst die Erträge sinken. So werden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in die Abhängigkeit von Konzernen getrieben.

# MACHEN SIE MIT!

Fordern Sie gemeinsam mit uns von der Bundesregierung und dem Entwicklungsministerium (BMZ):



## KEINE ENTWICKLUNGSHILFE FÜR AGRARKONZERNE:

Beenden Sie die Förderung von Konzernen wie Bayer, BASF und Monsanto!



## MEHR TRANSPARENZ:

Legen Sie offen, wer wofür wie viele Entwicklungshilfegelder im Bereich Landwirtschaft und Ernährungssicherung erhält!



## KLEINBÄUERINNEN STÄRKEN:

Richten Sie die deutsche Entwicklungshilfe an den Forderungen der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im globalen Süden nach Ernährungssouveränität, der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung und der Förderung einer umwelt- und klimagerechten Landwirtschaft aus!

Die gesammelten Unterschriften werden im Herbst an Entwicklungsminister Gerd Müller übergeben.

Impressum:  
Oxfam  
Deutschland e. V.,  
Marion Lieser  
(verantwortlich),  
Am Kölnischen  
Park 1,  
10179 Berlin.  
Titelfoto:  
© Tyler Olson/  
shutterstock



# KEINE ENTWICKLUNGSHILFE FÜR AGRARKONZERNE!

UNTERSCHREIBEN SIE  
UNSEREN APPELL  
unter [www.oxfam.de/agrarkonzerne](http://www.oxfam.de/agrarkonzerne)

# KEINE ENTWICKLUNGSHILFE FÜR AGRARKONZERNE!

# KLEIN- BÄUERINNEN STÄRKEN!



## DIE BUNDESREGIERUNG UND DAS ENTWICKLUNGSMINISTERIUM (BMZ)



### UNTERSTÜTZEN VERSTÄRKT AGRARKONZERNE

wie Bayer, BASF und Monsanto im Rahmen von Kooperationen wie der *German Food Partnership* und der *Neuen Allianz für Ernährungssicherung* in Afrika.



Diese Kooperationen schmücken sich mit dem Etikett der Armutsbekämpfung, dienen aber vor allem den Profitinteressen der Konzerne. Die Unternehmen erschließen sich z. B. neue Pestizidmärkte oder sichern sich über die *Neue Allianz* Land- und Saatgutrechte.

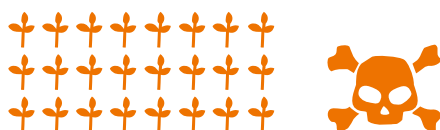


Das geht vor allem zu Lasten der Mehrheit der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die ins Abseits gedrängt werden.

Ihr Zugang zu Land, Saatgut und Wasser wird durch die *Neue Allianz* gefährdet. Im schlimmsten Fall droht ihnen die Vertreibung von ihrem Land und damit der Verlust ihrer Existenzgrundlage.



Aber auch die Umwelt ist betroffen, denn die industriellen Monokulturen der Konzerne schädigen die Böden und bedrohen die biologische Vielfalt.



### SOLLTEN STATTDESSEN KLEINBÄUERINNEN UNTERSTÜTZEN!

40 Prozent der Weltbevölkerung leben hauptsächlich von der Landwirtschaft. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern produzieren trotz der häufig schlechteren Böden einen großen Teil unserer Nahrung.



Paradoxerweise aber sind die Hälfte der weltweit Hungernden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.

Vor allem weil sie seit Jahrzehnten von Regierungen weltweit vernachlässigt und diskriminiert werden. So ist der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft von 17 Prozent im Jahr 1980 auf 6 Prozent im Jahr 2010 gefallen.



Mit der richtigen Unterstützung können Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ausreichend Nahrung für sich und die wachsende Weltbevölkerung produzieren. Die wohl umfassendste Studie\*

hat 286 ökologisch nachhaltige Agrarprojekte in 57 Ländern untersucht und im Schnitt eine Steigerung der Ernteerträge um 79 Prozent festgestellt.



Die Förderung einer kleinbäuerlichen, ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft zahlt sich dreifach aus:

Sie verbessert die Ernährungssituation, reduziert Armut und mindert die Folgen des Klimawandels durch umweltverträglichen Anbau.

